



Nr. 11 / 4. Mai 2020

## **Zuwanderungsbeauftragter zu vermehrten Corona-Infektionen bei Schlachthof-Mitarbeiter\*innen**

**Der schleswig-holsteinische Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen hält eine grundsätzliche Verbesserung der Lebensumstände von Arbeitsmigrant\*innen für dringend notwendig.**

Zur jüngsten Häufung von Corona-Infektionen unter Schlachthofmitarbeiter\*innen im Kreis Steinburg bemerkt der schleswig-holsteinische Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Stefan Schmidt: „Das erhöhte Infektionsrisiko für Arbeitsmigrant\*innen aus der EU ist wohl eine Folge von schwierigen Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnisse, die für diese Menschen bestehen. Auch während der Corona-Zeit und in der möglicherweise veränderten Arbeitsmobilität im Anschluss an die Pandemie muss die Frage angegangen werden, wie die Lebensbedingungen von Wanderarbeiter\*innen in unserer Mitte dauerhaft verbessert werden können.“

Unionsbürger\*innen in Schleswig-Holstein zu unterstützen, ist seit langem ein wichtiges Anliegen des Zuwanderungsbeauftragten. Eine immer wieder aufflammende Diskussion über sogenannte Armutswanderung oder vermeintlichen Sozialmissbrauch wirft nach Ansicht von Stefan Schmidt ein falsches Bild auf die überwiegend zum Zweck der Arbeitsaufnahme nach Deutschland einreisenden Menschen und ist geeignet, gesellschaftlichen Unfrieden zu stiften. Demgegenüber muss Herausforderungen auf kommunaler Ebene begegnet werden. Der Beauftragte begrüßt, dass sich viele Kommunen in Schleswig-Holstein bereits vertiefend mit der Frage auseinandergesetzt haben, wie die Integration der Neuzugewanderten in den Arbeitsmarkt und in die Stadtgesellschaft unterstützt werden kann.

Laut dem Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein gab es am 31.12.2018 knapp 95.000 registrierte Unionsbürger\*innen in Schleswig-Holstein, davon waren 13.580 rumänische Staatsangehörige und 7.550 bulgarische Staatsangehörige. Die Verteilung der Unionsbürger\*innen in Schleswig-Holstein ist nicht gleichmäßig, sondern konzentriert sich überwiegend auf größere Städte und einzelne ländliche Regionen.